

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 14 | 18. September 2020



Foto: Tobias Koch

1. Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder

Zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder haben wir eine Gesetzesgrundlage geschaffen. Die Länder erhalten aus dem Bundeshaushalt einen Betrag in Höhe von insgesamt 6,1 Milliarden Euro, um die zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden für das Jahr 2020 auszugleichen. Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird der Bund dauerhaft weitere 25 Prozent und insgesamt bis knapp unter 75 Prozent der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen. Des Weiteren steigt der Anteil des Bundes an den Erstattungen für die Aufwendungen der Rentenversicherung aus den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR von 40 auf 50 Prozent. Der von den neuen Ländern zu tragende Anteil sinkt entsprechend.

2. Zukunftsprogramm Krankenhäuser

Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz, das wir heute verabschiedet haben, setzen wir das Zukunftsprogramm Krankenhäuser um. Wir unterstützen Krankenhäuser mit vier Milliarden Euro um im stationären Bereich eine qualitativ hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ziel des Gesetzes ist es auch, den Digitalisierungsgrad der Krankenhäuser zu erhöhen und deren technische Ausstattung zu modernisieren. Konkret werden über einen Krankenhauszukunftsfonds notwendige Investitionen wie beispielsweise in die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, eine bessere digitale Infrastruktur oder in die Telemedizin und Robotik gefördert. Das Krankenhauszukunftsgesetz sieht zudem Maßnahmen vor, um Erlösrückgänge oder Mehrkosten, die im Jahr 2020 aufgrund des Coronavirus SARSCoV-2 entstanden sind, anteilig auszugleichen.

3. Dialog zu religiösen Gruppen im Libanon

Diese Woche habe ich an einer Gesprächsrunde zum Libanon teilgenommen, natürlich unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln. Per Videoschleife war Bischof César Essayan, Vorsitzender der Versammlung der katholischen Patriarchen und Bischöfe im Libanon, beteiligt. Der Bischof berichtete über das Verhältnis der unterschiedlichen religiösen Gruppen zueinander und betonte, dass Religionen nie die Ursache von Konflikten sind, häufig aber dazu missbraucht werden, diese anzuzünden. Nach der schweren Explosion im Hafen von Beirut hoffen die Menschen im Libanon auf eine Veränderung des politischen Systems und eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.



Digitale Zusammenkunft: Bischof César Essayan im Gespräch mit den Abgeordneten. (Foto: SMü)

4. Gespräch mit Jugendbotschaftern von ONE

Mit Jugendbotschaftern von der internationalen Organisation ONE habe ich ein Gespräch per Videokonferenz geführt. Besprochen wurde hauptsächlich der deutsche Beitrag zur Entwicklungshilfe der OECD-Länder, der ODA-Quote. Diese OECD-Länder haben sich geeinigt, diese auf 0,7 Prozent des

Bruttonationaleinkommens festzulegen. Positiv hervorzuheben ist, dass Deutschland mit 0,6 Prozent laut des ONE Rankings auf den 6. Platz weltweit steht.

Die Jugendbotschafter setzen sich für die Bekämpfung extremer Armut und vermeidbarer Krankheiten auf der Welt ein. Bildung und Geschlechtergerechtigkeit sind ebenfalls Themen die Ihnen am Herzen liegen. Ich habe mich sehr über dieses Gespräch gefreut und bedanke mich beim jungen Team von ONE für ihr Engagement!



Jugendbotschafter von ONE und Markus Grübel beim digitalen Treffen. (Foto: ONE)

5. 30 Jahre Wiedervereinigung – Feier in der ungarischen Botschaft

Nachdem sich das 30.-jährige Jubiläum der Wiedervereinigung nähert, hat diese Woche der ungarische Botschafter die Mitglieder der deutsch-ungarischen Parlamentariergruppe in die Botschaft eingeladen. Da Ungarn im Vorfeld des Mauerfalls schon durch die Grenzöffnung eine wichtige Rolle spielte, war es dem Botschafter anlässlich des nahenden Tages der Wiedervereinigung ein Anliegen, im freundschaftlichen Kreis zu feiern. Dafür hat der Botschafter sogar höchstpersönlich den

Kochlöffel geschwungen und nach seinem Hausrezept Gulyás und Pörkölt zubereitet.



Gekocht vom Botschafter persönlich: Gulasch für die Abgeordneten. (Foto: MG)

6. Baumsetzlinge zum Ende der Nachhaltigkeitswoche

Anlässlich der Nachhaltigkeitswoche, die diese Woche im Deutschen Bundestag stattfindet, hat die CDU/CSU-Fraktion Bäume an die Abgeordneten geschenkt, damit wir diese in unserem Wahlkreis einpflanzen können. Was haben Bäume mit Nachhaltigkeit zu tun? Mit Blick auf den Klimawandel bauen wir insbesondere unsere Wälder aktiv um und stellen dafür insgesamt 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Denn Klimaschutz und eine saubere Umwelt sind für uns als Union wichtige Aspekte. Das Thema Nachhaltigkeit beinhaltet aber noch viel mehr. Deshalb wurde diese Woche im Plenum Nachhaltigkeit in ihren vielfältigen Dimensionen debattiert. Für uns ist klar: Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik. Wenn wir unser Land in die Zukunft führen wollen und kommenden Generationen ihre Handlungsfähigkeit erhalten

wollen, dann dürfen wir auch keine Schuldenberge hinterlassen. Und dann müssen wir in Bildung und Forschung investieren, damit unsere Kinder und Enkel innovative, technologische Lösungen für die Herausforderungen ihrer Zeit entwickeln können. Ebenso gehören eine sozial gerechte Gesellschaft, eine innovative Wirtschaft und eine moderne öffentliche Infrastruktur zum Thema Nachhaltigkeit.

Wir haben in diesen Bereichen schon einiges erreicht und auf den Weg gebracht. Als einziges Industrieland der Welt steigen wir zeitgleich aus Kohle- und Kernenergie aus und treiben den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch Jahr für Jahr auf ein neues Rekordniveau. Wir haben ein starkes Klimapaket verabschiedet, mit dem wir in den nationalen Emissionshandel einsteigen, die Gebäude in Deutschland energetisch sanieren, den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen und das Bahnfahren billiger machen. Wir haben sechs ausgeglichene Haushalte in Folge vorgelegt und waren deshalb in der Lage, mehr gegen die Corona-Krise zu tun als andere Länder. Sich auf dem Beschlossenen auszuruhen, ist jedoch zu wenig, denn all dies sind Daueraufgaben.

Daher haben wir uns in einer Generaldebatte und acht Einzeldebatten und verschiedenen Anträgen mit allen Facetten der Nachhaltigkeit beschäftigt: Neben den Klima- und Umweltaspekten von „Mobilität der Zukunft“ über „Starke Demokratie, handlungsfähiger Staat und nachhaltige Finanzen“ sowie Bildung, Innovation und Digitalisierung bis hin zu Arbeit im Wandel sowie

Entwicklung und internationale Zusammenarbeit. Dabei hat gerade der Themenblock nachhaltige Finanzen für die Union eine besondere Bedeutung, denn wie keine andere Fraktion stehen wir für finanzielle Solidität.



Übergabe des Baumsetzlings durch den Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus an Markus Grübel. (Foto: SMü)

7. Praktikum Thaïs Neidlinger

Thaïs Neidlinger macht bei mir seit Montag Praktikum. Thaïs ist in einer deutsch-französischen Familie in Straßburg aufgewachsen und hat letzten Juni ihren Bachelor-Abschluss an der französischen Hochschule für Politikwissenschaften Sciences Po absolviert. Durch ihr zweieinhalb-monatiges Praktikum bei uns im Büro hofft sie, einen wirklichen Einblick in den Beruf eines Parlamentsabgeordneten und in seine Aufgaben zu erhalten.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!



Thais Neidlinger und Markus Grübel im Paul-Löbe-Haus. (Foto: CS)

Zahl der Woche

47

Vor 47 Jahren, am 18. September 1973 wurde die Bundesrepublik Deutschland – ebenso wie die DDR – Vollmitglied in der Vereinten Nationen (VN). Die Bundesrepublik engagierte sich bereits früh in den verschiedenen VN-Sonderorganisationen und entsandte einen Beobachter zum VN-Hauptsitz. Jedoch stand die Teilung Deutschlands bis dato einer Aufnahme als vollwertiges und gleichberechtigtes VN-Mitglied im Weg.

Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR ebnete schließlich den Weg für einen Beitritt. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde aus beiden deutschen VN-Sitzen einer. Heute ist Deutschland einer der größten Beitragszahler der VN und gegenwärtig nicht-ständiges Mitglied des BN-Sicherheitsrates. (Quelle: bpb)